

A2NEU EU Außenpolitik - Eine Union für den Frieden (NEU)

Antragsteller*innen:

1 Grüne europäische Außenpolitik ist immer Friedenspolitik

2
3 Bündnis 90/Die Grünen sind eine proeuropäische Partei. Eine Partei, die den
4 europäischen Einigungsprozess in der EU sowie in Europa mitgestalten will. Dies
5 allein ist schon zum Alleinstellungsmerkmal geworden in einer Zeit, in der die
6 deutsche Bundesregierung auf eine Renationalisierung der Politik setzt und
7 europäische Spielregeln missachtet, in der rechtspopulistische Parteien in
8 Deutschland und anderen Mitgliedstaaten ihre Anliegen nicht mit, sondern gegen
9 die EU umsetzen wollen. Für uns Grüne ist die europäische Zusammenarbeit nicht
10 verhandelbar. Die Herausforderungen der Zukunft, wie der Klimawandel, der
11 sozial-ökologische Umbau der Weltwirtschaft und die Festigung demokratischer
12 Gesellschaften können nur mit-, niemals gegeneinander in Europa gemeistert
13 werden. Dies gilt auch für die Herausforderungen, die sich im Bereich der
14 Friedenspolitik stellen.

15 Europa erfindet sich neu - reden wir mit!

16 Die Vereinigten Staaten haben viele Jahre die Weltpolitik dominiert wie keine
17 andere Macht. Das US-Militär ist das schlagkräftigste, die Wirtschaft nachwievor
18 stark und auf internationaler Ebene bleiben die USA ein politisches
19 Schwergewicht. Die EU muss sich auch deshalb weiterhin um gute Beziehungen
20 bemühen. Doch seit der Wahl von Donald Trump steht das politische
21 Zuverlässigkeit der USA und die transatlantische Verbindung wie nie zuvor zur
22 Disposition. Die EU reagiert, auch im Lichte des Brexit, mit einer Suche nach
23 neuer, europäischer Stärke und Zusammenarbeit und findet - wie die Prozesse rund
24 um die PESCO zeigen, ihr Potenzial scheinbar vor allem im Militärischen.

25 Wir lehnen die Forderung, die EU müsse nun auch eine militärische Großmacht
26 werden, ab. Die europäische Geschichte lehrt, dass nicht einseitige Aufrüstung
27 und Militarisierung Frieden bringen, sondern gemeinsame Institutionen,
28 Multilateralismus und die Suche nach Einigung, trotz großer
29 Interessenkonflikte. In Zeiten der sich verändernden globalen Machtverhältnisse
30 muss der Kurs Europas der sein, nach innen und außen, politisch, diplomatisch
31 und zivil für eine friedlichere Welt und internationale Ordnung zu streiten.

32 Grundsätzlich begrüßen wir das Instrument einer ständigen strukturierten
33 Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen (PESCO). Gleichzeitig fürchten wir, dass
34 das Primat des Zivilen in der zur Zeit geplanten Variante der PESCO zur
35 Disposition gestellt wird. PESCO müsste im Gegenteil der Abrüstung, dem Schaffen
36 von Synergien dienen, nicht der Aufrüstung. Und sie kann nicht die alleinige
37 Antwort auf Herausforderungen der Sicherheitspolitik sein, sondern kann den
38 notwendigen Ausbau von Diplomatie und ziviler Konfliktprävention und -
39 bearbeitung nur ergänzen. PESCO, so wie es nun ausgestaltet ist, hat einen
40 deutlichen Überhang für industriepolitische Verteidigungspolitik. Der Haushalt,
41 den das EP in Begleitung von PESCO aufgesetzt hat, wird voraussichtlich im
42 Blickfeld eines engen Sicherheitsbegriffs, nicht im Sinne der Menschlichen
43 Sicherheit (Human Security) gestaltet. Pooling und Sharing von
44 Verteidigungskapazitäten in der Europäischen Union sind sinnvoll, sie dürfen
45 aber nicht zum Verkaufsargument für die Erhöhung von Militärausgaben und einer
46 Militarisierung der Europäischen Union genutzt werden. Sicherheit muss immer an

47 erster Stelle Human Security meinen, der Sicherheitsbegriff im Rahmen der PESCO
48 bildet dies in keiner Weise ab. In der EU selbst beginnend heißt das auch, statt
49 Geschenke an die Rüstungsindustrie zu verteilen in den sozialen Frieden
50 innerhalb der EU zu investieren - z. B. durch eine Sozialunion.

51 Das Europäische Parlament (EP) muss in außenpolitischen Fragen und Fragen von
52 Frieden und Sicherheit mehr Einsicht in die Prozesse und
53 Mitsprachemöglichkeiten, langfristig auch Entscheidungsbefugnisse, haben. Dort,
54 wo eine parlamentarische Kontrolle möglich ist, müssen schon jetzt
55 Entscheidungen, welche die Außen- und Verteidigungspolitik betreffen,
56 transparenter gestaltet werden, um in breiter Öffentlichkeit diskutiert werden
57 zu können. Der Parlamentsvorbehalt des Bundestages darf durch die europäische
58 Kooperation nicht unterlaufen werden.

59 Europas Stärken müssen Diplomatie, Prävention und zivile Konfliktbearbeitung
60 sein

61 Deutschland und zahlreiche andere europäische Staaten haben große Fortschritte
62 im Bereich der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung gemacht.
63 Frühwarnsysteme werden endlich koordiniert, Fachkräfte teilweise gemeinsam
64 ausgebildet und Polizei und Justiz in die Lage versetzt, bei zivilen Einsätzen
65 immer besser ihren Beitrag zu leisten.

66 Doch es bleiben auch noch viele Baustellen offen. Von einer kohärenten EU-
67 Außenpolitik und einer kohärenten, vollständig koordinierten Krisenprävention
68 aus der EU sind wir weit entfernt. Die Fachkräfte sind da, aber es sind zu
69 wenige - schon für bestehende Projekte. Dazu kommen viele EU-Politiken, die
70 Kriegsökonomien fördern, Entwicklung verhindern und Konflikte verschärfen.
71 Diesen Politiken muss ein Ende gesetzt werden, sonst arbeitet die EU gegen ihre
72 eigenen friedenspolitischen Ziele. Die jetzige Außenpolitik der EU im
73 Zusammenspiel mit der Außenpolitik
74 der Mitgliedsstaaten ist friedenspolitisch insgesamt ein zu kleiner Teil der
75 Lösung und noch immer ein zu großer Teil des
76 Problems. Die Werte, für die die EU steht, werden nicht immer gelebt, negative
77 Effekte ausgeblendet und Prävention zu kurz gedacht.

78
79 Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung sind heute wichtiger denn je und
80 gehören ins Zentrum der europäischen Außenpolitik. Die EU sollte durch
81 strategisches, präventives und kohärentes Handeln in Führung gehen auf diesem
82 Gebiet. Dazu sind auch die Verbesserung von Frühwarnung, die effektive Förderung
83 und die Koordination von Mediationskapazitäten und eine Stärkung von
84 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen
85 erforderlich. Der Evaluation des europäischen Engagements kommt dabei eine
86 Schlüsselrolle zu. Die EU kann außerdem mit gutem Beispiel vorangehen, wenn sie
87 die Potenziale und Bedeutung der Arbeit von Frauen in Friedensprozessen
88 beleuchtet.

89 Wir fordern, dass neben den bestehenden Programmen und Initiativen im
90 Praxisbereich der Prävention auch mehr in wissenschaftliche Programme investiert
91 wird, die es uns ermöglichen, andere Länder und Kulturen noch besser zu
92 verstehen. Es braucht ein ausgebautes Netz an Expert*innen, die die Diplomatie
93 mit ihrem Wissen über andere Staaten und Gesellschaften intensiv unterstützen
94 können. So ein weltweites Netzwerk und die Friedens- und Konfliktforschung

95 müssen als integraler Bestandteil eines nach Frieden strebenden Europas
96 verstanden werden. Sie sind kein nettes Beiwerk einer europäischen
97 Sicherheitspolitik sondern notwendige Voraussetzung für nachhaltige
98 Sicherheits- und Friedenspolitik.

99 Auch in der gemeinsamen klassischen Außenpolitik gibt es viel zu gestalten.
100 Selbst ständige Sicherheitsratsmitglieder wie Großbritannien und Frankreich
101 wirken relativ einflusslos in Anbetracht aufstrebender Mächte wie China und
102 Indien, Aber auch im Vergleich zu den über ihre Region hinaus sehr
103 einflussreichen Golfstaaten oder Russland. Die Machtpolitik die von diesen
104 Staaten und den noch-dominanten USA ausgeht ist keine Blaupause für das, was
105 sich pro-Europäer*innen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
106 wünschen sollten. Aber sie stellt die EU und Europa vor Herausforderungen, die
107 nur gemeinsam bewältigt werden können. Dazu braucht es eine weitere Stärkung des
108 europäischen Auswärtigen Dienstes, einer noch besseren Koordinierung zwischen
109 den Außenministerien der EU, Entscheidungen des Rates im Mehrheitsprinzip und
110 nicht zuletzt ein zurücktreten nationaler Akteur*innen zu Gunsten der
111 europäischen Außenbeauftragten, damit die EU auf internationalen Bühnen de facto
112 mit einer Stimme sprechen kann.

113 Die EU an sich ist ein Friedensprojekt - bewahren wir es!

114 Die EU ist weltweit in ihrer Struktur einzigartig. Sie basiert auf einem
115 Prinzip, das nirgends anders politisch so intensiv und umfänglich gelebt wird:
116 Die Abgabe von Kompetenzen des Nationalstaats um gemeinsame Politik einer
117 supranationalen Souveränität zu ermöglichen. Damit ist die EU zur Zeit die
118 verdichtetste Form des Multilateralismus. International gibt es viele
119 erfolgreiche multilaterale Ordnungen, doch nirgends sind die Verflechtungen
120 zwischen den Staaten so eng, die Ordnung so stabil, die Akzeptanz so hoch. Die
121 EU hat den Friedensnobelpreis bekommen, weil sie das erfolgreichste
122 Friedensprojekt ist, was es je gegeben hat. Die Bedeutung der EU als
123 Friedensprojekt zu banalisieren bedeutet vor allem, die Gefahr eines neuen
124 großen Krieges in Europa auszublenden. Multilateralismus, Zusammenarbeit auch
125 bei Konflikten und nicht nur als Resultat gemeinsamer (machtpolitischer)
126 Interessen sind Chancen zum Frieden, wie es keine anderen gibt. Dieser Tatsache
127 kann man sich nicht oft genug bewusst sein.

128 Die EU als Verfechterin des Multilateralismus in Zeiten von 'America First'

129 Die Angriffe auf den Multilateralismus als Prinzip, sind die wohl größte
130 Herausforderung unserer Zeit. Weil nichts anderes als das bisschen Frieden, was
131 es schon gibt, auf dem Spiel steht. Gemeinsam mit Menschen auf der ganzen Welt
132 müssen Grüne deshalb in Europa und vor allem in der EU dafür kämpfen, dass
133 dieses Prinzip wieder gestärkt wird.

134 Das kann die EU nur mit einer gemeinsamen Stimme. Und das ist genau die
135 Definition von Stärke, die Bündnis 90/ die Grünen in die Welt und vor allem in
136 die EU tragen müssen. Die EU, die als höchsten Zweck den Frieden im Inneren hat,
137 muss sich auch um sich selbst kümmern, den inneren Frieden in der EU und Europa
138 fördern und mit gleichem Einsatz im Sinne des Friedens die Welt mitgestalten.

139

140 Die Stärke einer gemeinsamen Außenpolitik der EU ist nicht das autoritäre
141 Aufzwingen von Regeln. Es ist, wie in der EU selbst praktiziert, die
142 Verhandlung, das Gespräch und der Kompromiss.

143 Den Tendenzen zum Totalitären, die in den politischen Entwicklungen in Russland,
144 China, der Türkei, den USA sowie in Teilen Europas zu entdecken sind, muss die
145 EU die Widerstandsfähigkeit eines demokratisch verfassten Gemeinwesens
146 entgegenstellen.

147 Demokratie, Rechtsstaate und Menschenrechte sind nicht nur ein hohes Gut für die
148 Bürger*innen selbst, wenn sie gerecht umgesetzt werden, haben sie auch die
149 Strahlkraft Bürger in totalitären Systemen zu inspirieren und zu ermutigen.

150 Solidarisch nach Innen und Außen

151 Die europäische Krisenpolitik, sowohl in der Finanzkrise als auch bei den
152 aktuellen Herausforderungen der Migration, hat die Chance auf eine gemeinsame
153 Stimme der EU weiter geschwächt. China, Russland und selbst kleine Staaten wie
154 Aserbaidschan haben diese Stimme durch bilaterale Kooperationen, in denen
155 Investitionen mit politischen Schweigepflichten verknüpft wurden, stumm gemacht.

156 Die Austeritätspolitik fällt der EU nachträglich auf die Füße, die
157 innereuropäische Nicht-Solidarität hat sich in Nicht-Loyalität verwandelt. Wie
158 man in den Wald ruft, so schallt es heraus. Hier wieder Vertrauen zu schaffen
159 muss die höchste Priorität haben - auch zwischen den Gesellschaften. Die Gefahr
160 von stärkeren Verwerfungen zwischen den europäischen Gesellschaften ist noch
161 nicht gebannt.

162

163 Eine einigte EU ist die Voraussetzung für eine gemeinsame und einheitliche
164 Außenpolitik. Dazu bedarf es der verstärkten Solidarität zwischen den Menschen
165 in der EU, aber auch einer Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten in
166 Politikprozessen der EU. Mit der Stärkung der Demokratie und sozialen
167 Integration wird die EU auch nach außen handlungsfähiger. Das muss in der
168 Zukunft das Ziel sein.

169 Neue Partner*innen suchen und finden

170 Die EU ist keine militärische Weltmacht und sollte das auch nicht anstreben.
171 Statt sich auf die Stärke der Armee zu berufen, muss sie sich auf die Stärke
172 ihrer Argumente und die Leuchtkraft ihrer sozialen und demokratischen
173 Verfasstheit verlassen.

174 Der Schutz von Menschenrechten, die zentrale Stellung der Würde des Einzelnen,
175 der Wert der Pressefreiheit, das Streben nach Rechtsstaatlichkeit und
176 Gerechtigkeit, all das macht die EU aus. Mit allen Staaten, die sich diesen
177 Werten weltweit verschrieben haben und - ähnlich wie in der EU - unterschiedlich
178 erfolgreich in der Umsetzung sind, wollen wir weiter an der ihrer Erhaltung und
179 Verbreitung arbeiten. Die Versprechen der Demokratien - Freiheit, Gleichheit,
180 Geschwisterlichkeit- wurden zwar bis heute nirgends vollends verwirklicht, sie
181 bleiben aber richtig.

182 Die EU muss ihre Partnerschaften nach diesen Werten ausrichten. Das heißt nicht,
183 dass Kooperationen mit Staaten, die keine Demokratien sind, verunmöglicht werden
184 sollen. Im Gegenteil - Multilateralismus ist gerade wegen der unterschiedlichen
185 Systeme von entscheidener Bedeutung. Es ist das einzige Prinzip, dass über
186 Systemfragen hinaus eine Ordnung schaffen kann, die Frieden fördert.

187 Immer schön authentisch bleiben - Glaubwürdigkeit ist eine Währung

188 Die europäischen Werte strahlen um so kräftiger, je stärker sie eingehalten
189 werden. Zur Zeit gibt es leider Vieles, was diesem Wertefundament nicht
190 entspricht. So unter anderem eine Flüchtlingspolitik, die auf Abschreckung,
191 Verlegung von Außengrenzen in Drittstaaten und unlauteren Deals mit autoritären
192 Regimen setzt. Diese Politik setzt nicht nur an der falschen Stelle an und
193 bringt unendliches Leid mit sich, sie schadet auch der außenpolitischen
194 Glaubwürdigkeit und damit einer der vermeintlichen Stärken der EU. Genauso
195 kritisch sehen wir die Zusammenarbeit mit Staaten wie China oder Saudi-Arabien,
196 die beide ihren beträchtlichen weltweiten Einfluss nutzen um die an universelle
197 Menschenrechten gebundenen internationalen Standards zu unterlaufen.
198 Rüstungsexporte in diese Staaten lehnen wir ab.

199

200 Es liegt im Interesse der EU und vor allem im Interesse von Geflüchteten und
201 Migrant*innen, dass die Lebensperspektiven in unserer Nachbarschaft auf dem
202 afrikanischen Kontinent und im Nahen Osten besser werden. Die kurzfristig
203 angelegte Kooperation zur 'Flüchtlingsbekämpfung' ist nicht nur politisch
204 falsch, sie läuft auch dem langfristigen Ziel entgegen, die Lebensbedingungen in
205 den Herkunftsländern zu verbessern. Statt autoritäre Regime zu 'ertüchtigen',
206 sollte die EU ihren Einfluss nutzen um zum nachhaltigen Aufbau von
207 rechtsstaatlichen Strukturen, demokratischer Partizipation und wirtschaftlicher
208 Teilhabe in der Welt beizutragen.

209

210 Wir Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen eine starke EU-Außenpolitik. Eine, die auf die
211 das geflügelte Wort der Wertegemeinschaft ernst nimmt und diese zum Maßstab der
212 Beziehungen nach Außen macht.

213 Sara Nanni und Michael Bloss: